Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75. [illegible]
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacaos, Desserts. Einzelverkauf Altmarkt 2.

Photographische Apparate in reichster Auswahl bei Emil Wünsche Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee). Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Modernste Wiener Corsets aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien. Heinrich Plaul, Hoflieferant, Wallstr. 25.

Familien- Strohhut- Schneider- Schuhmacher- Nähmaschinen. H. Grossmann, Nähmaschinenfabr., Chemnitzerstrasse 26. Waisenhausstr. 5. Striesenerstr. 18.

WEIN-Handlung -Stuben. Portikus a. d. Markthalle. Max: Kunath, Wallstr. 8.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17, Annenstr. 9 (Stadthaus).

Politisches.

Die imposante Kundgebung, die am Ausgange der verflossenen Woche der **Bund der Landwirthe** in Bautzen veranstaltet hat, bildet eine würdige Einleitung zu seiner bevorstehenden Generalversammlung in Berlin. Die Begeisterung, die in der Hauptstadt der sächsischen Lausitz herrschte, die mit elementarer Kraft sich äußernde Zustimmung, die den Führern des Bundes in ihren Ausführungen zu Theil wurde, das Bewußtsein der Stärke der Bewegung und das Gefühl der Gemeinsamkeit, das dort zu Tage trat, der Kampfesmuth und die Siegeszuversicht, die unsere sächsischen Landwirthe vom Großgrundbesitzer bis herab zum kleinsten Bauer beseelt, dürften im Großen und Ganzen zugleich die Stimmung charakterisiren, die in der Reichshauptstadt zum Ausdruck gelangen wird, wenn dort der Bund zum vierten Male seit seiner Begründung zusammentritt. Die rückhaltlose und wohlverdiente Anerkennung freilich, die am unteren Laufe der Spree der sächsischen Regierung für ihr volles Verständniß der landwirthschaftlichen Nothlage und für ihr entschiedenes, thatkräftiges Eintreten für die Förderung der agrarischen Interessen gezollt wurde, dürfte leider dort, wo die Spree das ehrwürdige Königsschloß der Hohenzollern bespült, den berufenen Leitern der Regierung nicht zugesprochen werden. Zwar mag die Erkenntniß der hilfsbedürftigen Lage der Landwirthschaft auch in den maßgebenden Kreisen Berlins zum Durchbruch gekommen sein, aber diese theoretische Einsicht hat noch immer nicht diejenige praktische Bethätigung gefunden, die gefordert werden muß, wenn die Landwirthschaft nicht unrettbar dem allmählichen Untergange verfallen sein soll. An Berathungen und Enquêten, an Versprechungen und Versicherungen des Wohlwollens hat man es gewiß nicht fehlen lassen; auch hat man hier und da mit kleinen Mitteln zu helfen versucht, aber bisher vermochte man sich noch nicht zu energischen Maßnahmen aufzuraffen, durch die die Landwirthschaft von dem Drucke befreit werden könnte, der so schwer auf ihr lastet. Immerhin darf aber die Erklärung, die der Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky kürzlich im Reichstage über die Nichterneuerung der jetzt bestehenden Handelsverträge abgegeben hat, als ein Hoffnungsstrahl begrüßt werden.

Wenn heute über den Wandel, der an den leitenden Stellen in der Behandlung der landwirthschaftlichen Forderungen eingetreten ist, Genugthuung empfunden werden kann, so ist dies in der Hauptsache dem machtvollen Bunde, zu dem sich die Landwirthe am 18. Februar 1893 zusammengeschlossen haben, und der kräftigen, unermüdlichen Agitation zu danken, die vermöge dieser festen Organisation zur Wahrnehmung der landwirthschaftlichen Interessen und zur Geltendmachung der agrarischen Forderungen entfaltet werden konnte. Seit dem Bestehen des Deutschen Reichs hat keine wirthschaftspolitische Bewegung einen solchen Einfluß zu erlangen gewußt, wie der Bund der Landwirthe. Und dieser muß im Wesentlichen als ein segensreicher anerkannt werden. Denn indem sich die Landwirthe in diesem Bunde organisirten, haben sie die Lösung einer Aufgabe von staatserhaltender Tragweite angebahnt. Nachdem sich die staatliche Fürsorge über ein halbes Jahrhundert fast ausschließlich der Hebung und Entwickelung der Industrie zugewendet hatte, während gleichzeitig auf dem Gebiete der Gesetzgebung wenig oder nichts geschah, um die Landwirthschaft auf der Höhe der inzwischen gänzlich umgestalteten politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse zu erhalten, that es noth, endlich wieder zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, welche hervorragende Bedeutung für die staatliche Existenz, welche Berechtigung im gesammten öffentlichen Leben dem landwirthschaftlichen Gewerbe zuerkannt werden muß. Dies nachdrücklich geltend gemacht zu haben, ist, unbeschadet einzelner taktischer Fehler, die begangen worden sind, zunächst als das unbestreitbare Hauptverdienst des Bundes der Landwirthe anzusehen. Der beste Theil unserer volksthümlichen Kraft und insbesondere unserer nationalen Wehrfähigkeit beruht auf der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Würde diese dem Ruin entgegengeführt werden, so würde es um die Macht und das Wohl unseres deutschen Vaterlands schlecht bestellt sein. Abgesehen von dem winzigen Häuflein jener Unverbesserlichen, die auch heute noch in der allein selig machenden Schablone des Manchesterthums alles Heil suchen, wird sich gegenwärtig kein einsichtiger Politiker, zu welcher Parteifahne er auch schwören mag, der Ueberzeugung verschließen, daß die Landwirthschaft als eines der wichtigsten Gewerbe in unserem Reiche, als ein unentbehrlicher Bestandtheil unseres staatlichen und volkswirthschaftlichen Organismus betriebsfähig erhalten werden muß. Dessen ist sich auch die Sozialdemokratie sehr wohl bewußt: sie erstrebt den Ruin des Bauernstands, weil, so lange das feste Bollwerk einer lebenskräftigen Landwirthschaft besteht, ihre Bestrebungen scheitern müssen und die Revolution nicht durchgeführt werden kann. Die Zertrümmerung dieses Bollwerks bedeutet das Zugrundegehen zahlloser selbstständiger wirthschaftlicher Existenzen, ihr Hinabstoßen in's Proletariat und eine Erschütterung unseres nationalen Lebens, die ein unabsehbares Verderben heraufbeschwören würde. Unsere Industrie, so entwickelungsfähig sie auch noch sein mag, wird doch niemals im Stande sein, einen auch nur einigermaßen ausreichenden Ersatz für die mit dem Bauernstande vernichteten Erwerbsbedingungen zu schaffen, schon um deswillen nicht, weil sie mit dem Ruin der Landwirthschaft des mit dieser gegebenen heimischen Marktes und der natürlichen Absatzgebiete beraubt wird. Um so weniger würde sie daher auch befähigt sein, die mit dem Untergange der Landwirthschaft frei werdenden Kräfte aufzunehmen und zu ernähren. Der Strom der Arbeiter vom Lande in die Stadt würde in's Ungemessene steigen, dergestalt, daß in Folge des gewaltigen Massenangebots der Arbeitskräfte der Arbeitslohn sinken und die allgemeine Unzufriedenheit wachsen würde. Das wäre Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie, die um so mächtiger werden müßte, als andererseits die Staatsgewalt geschwächt sein würde, da ihr fortan der bisherige gesunde und anerkannt zuverlässige Rekruten-Ersatz vom Lande fehlen und sie bei der Rekrutirung fast nur noch auf die sozialdemokratisch durchseuchte städtische Industriebevölkerung angewiesen sein würde. Die ungeheure Masse unselbstständiger Existenzen, wie sie sich in der Industrie finden, kann allein dem Staatswesen keine Kraft geben. Deutschland kann bei seiner geographischen Lage einen selbstständigen landwirthschaftlichen Mittelstand nicht entbehren, weil nur damit zugleich der Industrie ein ersprießliches Gedeihen gesichert wird.

Der Bund der Landwirthe wird auf seiner Siegesbahn unaufhaltsam vorwärts dringen, wenn er sich jede Art von Demagogie vom Leibe hält. Kräftig agitiren ist unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts eine unerläßliche Lebensbedingung für jede politische Bewegung, und wenn dabei auch wirklich einmal über die Schnur gehauen werden sollte, so braucht man sich darüber noch keine grauen Haare wachsen zu lassen. Aber eine solche rührige Agitation ist nicht gleichbedeutend mit jener systematischen Demagogie, der das Agitiren nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck ist. Darum sollte der Bund der Landwirthe vor Allem frei bleiben von den politischen Streber-Cliquen, denen es nicht auf die unmittelbare Förderung der landwirthschaftlichen Interessen ankommt, sondern denen diese zum Deckmantel dienen für ihre egoistischen Bestrebungen persönlicher und fraktioneller Natur. Insbesondere muß der Bund der Landwirthe vor dem Zusammengehen mit der **deutschsozialen Reformpartei** ernstlich und eindringlich gewarnt werden. So lange diese Partei unter ihrer jetzigen Führung bleibt, ist jedes Bündniß mit ihr, mag es auch noch so lose sein und auch nur vorübergehenden Zwecken dienen, verwerflich und verderblich. Der Bund der Landwirthe soll stets der Mahnung eingedenk sein, die Fürst Bismarck an ihn im Juni 1895 in Friedrichsruh gerichtet hat: „Wenn wir 'mal wieder wählen, wählen wir vor allen Dingen keine Streber, sondern Leute von unserem Fleisch und Blut, die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht!" Ist vielleicht ein solcher Mann von dem Fleisch und Blut der deutschen Landwirthe Herr Oswald Zimmermann, der bisher als einzige positive Leistung nur sein Buch: „Die Wonne des Leids" aufweisen kann, das u. A. eine Verherrlichung des Juden Heinrich Heine enthält? Eine wirkliche Interessengemeinschaft zwischen dem Bunde der Landwirthe und der Zimmermann'schen Reformpartei ist unmöglich; unter der Flagge der Reformer können agrarische Interessen niemals um ihrer selbst willen gepflegt werden. Die **Führer der Reformpartei** stehen den produktiven Ständen gänzlich fern und können deshalb und wegen ihrer politischen und persönlichen Absichten niemals einer blos wirthschaftlichen Interessenvertretung, wie sie der Bund der Landwirthe erstrebt, zum Vortheile gereichen. Von Haus aus zumeist von demokratischer Sinnesart, suchen sie sich die große werbende Kraft, die der agrarischen Bewegung innewohnt, für die Erhaltung ihrer Mandate zu Nutze zu machen; daher haben sie sich einige glänzende Schlagworte zurechtgelegt, mit denen sie unter den Bauern hausiren gehen, um für sich und ihre Fraktionsinteressen Geschäfte zu machen. Gerade die Landwirthe sollen und wollen der starke Fels sein, auf den sich die Monarchie stützt und an dem die Wogen der demagogischen Verhetzung machtlos zerschellen. Darum mögen sie die Bierbankpolitiker und Demagogen vom Schlage der reformerischen Häuptlinge rechtzeitig an die Luft setzen, wenn diese sich in ihren Versammlungen aufzuspielen und eine leitende Stellung anzumaßen suchen. Diesen sophistischen Großsprechern gegenüber bewähre sich die urwüchsige Offenheit und Ehrlichkeit, die von jeher ein herzerquickender Charakterzug unserer deutschen Landwirthe waren!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. Februar.

Berlin. Der Kaiser fährt heute Abend 10 Uhr aus Kiel nach Berlin zurück. — Graf Murawiew hat gestern Abend nach 11 Uhr seine Reise nach Petersburg fortgesetzt. — Der frühere Minister des Innern v. Köller soll zum Oberpräsidenten der Provinz Posen ausersehen sein. — Die im Reichsgesundheitsamt zusammengetretene Konferenz zur Berathung über die Pestgefahr hat ein Einfuhrverbot gegenüber den verseuchten Gebieten beschlossen. Ueber die Entsendung einer wissenschaftlichen Kommission nach Ostindien zum Studium der Beulenpest und ihrer ärztlichen Behandlung ist ein definitiver Beschluß noch nicht gefaßt. — Der Ausschuß des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften ist hier zusammengetreten, um zu der Unfallversicherungsnovelle Stellung zu nehmen. Die Novelle fand im Allgemeinen beifällige Aufnahme. Einstimmig war man der Meinung, daß in Bezug auf die Berechnung der Umlage insofern eine Aenderung eintreten solle, als derselben wirklich gezahlte Löhne zu Grunde zu legen sind. — Der deutsche Landwirthschaftsrath begeht am 10. Februar die Feier seines 25jährigen Bestehens. Die 25. Plenarversammlung des Landwirthschaftsraths beginnt am 8. Februar. — Der Flügeladjutant des Kaisers Oberst Graf v. Klinckowström erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens, Rittmeister Frhr. v. Knesebeck vom 3. Garde-Ulanen-Regiment das Ritterkreuz 1. Klasse, Premierlieutenant v. Lattorff vom Kürassier-Regiment „Kaiser Nikolaus I." das Ritterkreuz 2. Klasse desselben Ordens. — In dem gesammten Bezirk des Generalkonsulats Berlin betrug im verflossenen Jahre die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 26,5 Mill. Dollars (9,4 Mill. Dollars mehr als im Jahre 1895). Ohne die durch die Ereignisse auf Cuba vermehrte Zuckerausfuhr würde die Ausfuhr einen Rückgang von ca. 6 Mill. Dollars aufzuweisen haben. Für den Konsulatsbezirk Annaberg stellen sich die Ziffern für 1896 auf 1,336,201 Dollars (gegen 1,834,755 im Jahre 1895), im Bezirk Chemnitz auf 5,160,420 (gegen 7,165,793 Dollars im Jahre 1895), im Bezirk Glauchau auf 3,299,234 Dollars (gegen 4,022,690 Dollars im Jahre 1895), im Bezirk Leipzig auf 4,563,474 D. (gegen 5,196,388 D.), für den Bezirk Plauen auf 2,987,727 D. (gegen 3,622,206 D. im Jahre 1895). — Die Abgeordneten Hahn und Ring haben im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich eine Spezialkommission von Landwirthen, Veterinärärzten und Bakteriologen zur wissenschaftlichen Feststellung der Dauer der Ansteckungsfähigkeit der Maul- und Klauenseuche zu berufen. — Das Schwurgericht verurtheilte gestern hier einen Zuhälter zu 1½ Jahren Gefängniß wegen Mißhandlung seiner Geliebten, die ihm nicht genügend Geld abgeliefert hatte. Der Verlauf des Prozesses erinnerte in seinen Einzelheiten vielfach an den Prozeß Heinze. — Die Verhandlung gegen den Pfarrer Liebich hat heute früh vor dem hiesigen Landgericht begonnen. Angesichts der großen Zahl der zu vernehmenden Zeugen und der zu verlesenden Aussagen der kommissarisch vernommenen ist eine drei- bis viertägige Dauer des Prozesses wahrscheinlich. — Die „Militärisch-politische Korresp." erfährt aus Bundesrathskreisen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Bayern über die Militärstrafprozeßordnung derartige seien, daß von deren Ueberwindung zur Zeit noch nicht gesprochen werden könne.

Hamburg. Die Nordpolfahrer Richard Nansen und Fritz Scott-Hansen sind heute früh in Begleitung ihrer Gemahlinnen, von Christiania kommend, hier eingetroffen. Auf dem Dammthor-Bahnhof wurden die Reisenden von dem schwedisch-norwegischen Generalkonsul Bödtker empfangen. Sie statteten dem Wirkl. Geh. Admiralitätsrath Prof. Dr. Neumeyer einen Besuch in der Seewarte ab, wo nach herzlicher Begrüßung Geh. Rath Neumeyer mit Nansen und Hansen eine längere Konferenz hatte. Um 3 Uhr erfolgte die Abfahrt der Reisenden über Vlissingen nach London.

Hamburg. Den Streikenden wurden heute 19,000 Mk. ausgezahlt. — Die Wiederwahl des Margarinefabrikanten Mohr in den Landtag soll gesichert sein, von 260 Wahlmännern erklärten sich 141 für ihn.

Kiel. Der Kaiser wohnte heute im Seemannshause der Anbringung des von ihm geschenkten Modells eines Schiffs von der kurbrandenburgischen Flotte bei. Nachmittags besichtigte der Kaiser den auf der Germaniawerft im Umbau befindlichen Panzer „Baden".

Köln. Von den Nebenflüssen des Rheines, namentlich dem Neckar und der Mosel, wird starkes Steigen des Wassers gemeldet. Angesichts des durch die Regenfälle verursachten raschen Schmelzens der gewaltigen Schneemassen ist Hochwasser zu befürchten. Streckenweise liegt der Schnee, namentlich in den rheinischen Gebirgsgegenden, 2½ Meter hoch.

Frankfurt a. M. Der Betrieb auf der Dampf-Lokalbahn Frankfurt-Eschersheim wurde wegen des schlechten für die Passagiere lebensgefährlichen Materials polizeilich fast ganz inhibirt. Wiederholte Entgleisungen der Züge führten zu den behördlichen Maßnahmen.

Bochum. Der Delegirtentag der christlichen Bergarbeiter forderte: Aenderung des Knappschaftsstatuts, freie Aerztewahl, Erhöhung des Krankengeldes auf zwei Drittel des Lohnes, Erhöhung der Invalidenpension, soweit die Reichsrente angerechnet werden soll, Einrichtung von Schiedsgerichten in Invaliditätsfällen und selbstständige Antheilnahme an der Verwaltung. Pfarrer Naumann empfahl den Anschluß des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter an die bestehenden Gewerkschaften, wenigstens aber, unter Wahrung seiner Selbstständigkeit, Annäherung in der Richtung, daß die einigenden Punkte und die gemeinsamen Ziele durch eine beiderseitige Kommission festgestellt werden. Der Vorsitzende trat dem entgegen. Darauf wurde der Delegirtentag geschlossen.

Bochum. Die Delegirtenversammlung der christlichen Bergarbeitervereine Deutschlands faßte heute einstimmig folgenden Beschluß: Der Delegirtentag stellt als Ziel der Entwickelung der Lohnverhältnisse die Erreichung eines Familienlohnes hin, derart, daß vom Lohn eine Normal-Familie von 6 Personen sich ihren Arbeits- und Standesverhältnissen entsprechend unterhalten und durch einen Sparpfennig für eventuelle Unglücksfälle und für das Alter eine Besserung ihrer Lage sichern kann. Zu diesem Zweck verlangt der Delegirtentag 1. eine stetige Steigerung der Löhne mit steigenden Konjunkturen und zwar bei dauernd günstiger Geschäftslage auch eine augenblickliche merkliche Aufbesserung der Löhne; 2. als geeignetes Organ zur Regelung der Lohnverhältnisse Kommissionen, die sich zusammensetzen aus Vertretern der Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter; 3. Bekanntmachung der Lohnstatistik nicht nur für ganze Bezirke zusammen, sondern auch für einzelne Werke. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission zur Prüfung der Frage einzusetzen, ob angesichts der Vereinsgesetzgebung ein engerer Zusammenschluß sämmtlicher christlicher deutscher Bergarbeiter herbeizuführen ist; ferner, die Staatsregierung zu bitten, § 8 des preußischen Vereinsgesetzes baldigst abzuändern und endlich, die gesetzliche Festlegung einer achtstündigen Maximalschichtdauer, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, und bei schwieriger, gesundheitsschädlicher oder gefährlicher Arbeit, eine Arbeitsdauer von 7 resp. 6 Stunden anzustreben.

Prag. Die Abgeordneten Fürst und Ruß brachten im Landtag einen Antrag ein, die Regierung möge bei der Einrichtung einer zweiten Eisenbahnverbindung mit Triest darauf Rücksicht nehmen, daß die bisherige Eisenbahnentfernung möglichst abgekürzt und daß von allen Projekten abgesehen werde, welche für den Export Böhmens nach Triest bedeutungslos sind und nur den Export Süddeutschlands fördern würden.

Paris. Die geographische Gesellschaft bereitet für Nansen, der im März hierher kommt, einen feierlichen Empfang vor. — In dem Hafen von Frioul sind zwei aus Bombay und Karachi kommende englische Dampfer eingelaufen. Für die Desinfektion der Schiffe sind alle Maßregeln getroffen; für eine den Dampfern aufzuerlegende Quarantäne werden ministerielle Anordnungen erwartet. Der Gesundheitszustand an Bord der Schiffe ist ausgezeichnet.

Paris. In einem heute im Elysée stattgehabten Ministerrath theilten der Minister des Aeußern und der Kolonialminister mit, daß Lagarde und Ras Makonnen am 27. Januar in Harrar die Ratifikation bezüglich des Handelsabkommens zwischen Frankreich und Aethiopien ausgetauscht haben.

* **Paris.** Die Kammer berieth die Zuckervorlage weiter und lehnte die Anträge Mein und Castelin, welche den Rübenbauern, Zuckerfabrikanten und Raffineuren die Beschäftigung ausländischer Arbeiter untersagt, ab, nachdem der Ministerpräsident Méline erklärt hatte, daß Frankreich durch internationale Verträge gebunden sei. Habert beantragt, Prämien nur Industriellen zu gewähren, welche mindestens drei Viertheile Franzosen beschäftigen. Méline und Graux betonen die Undurchführbarkeit dieses Antrages. Das Haus beschließt mit 221 gegen 219 Stimmen, denselben in Erwägung zu ziehen.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist die beste für Wäsche und Haushalt.